

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1,90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. - **Berlin in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72203

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelleiste 35 Pfg., bei Hauptaufschlag 40 Pfg. Stellenangebote 10 gesp. Kolonelleiste 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte, Kolonelleiste mit 50% Nachsch. Kleinanzeigen 2 Mk. Insetate u. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelleiste 40 Pfg. bei Hauptaufschlag 50 Pfg., Kleinspalte 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen mehr zu die Auszüge, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entsagen

## Notlandung des „Graf Zeppelin“

### Auf französischem Boden!

#### Im Kampfe gegen den Sturm

SPD Toulons, 17. Mai, 21 Uhr.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 20.25 Uhr auf dem Militärflugplatz Quiers gelandet. Von den 5 Maschinen arbeitete nur noch eine. Auf der Fahrt nach Toulons wurde das Schiff von starken Militärkolonnen im Auto verfolgt. Die Mannschaften hatten vom französischen Kriegsminister den Befehl, dem Schiff auf alle Fälle, wo es auch sei, die erforderliche Hilfe zu leisten.

### Französische Hilfsbereitschaft

SPD Paris, 17. Mai.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hatte am Freitag bei dem Versuch, nach Friedrichshafen zurückzukehren, im Rhonetal Stundenlang gegen einen wütenden Mistral anzukämpfen.

Die Radiostation in Lyon empfing bereits vormittags einen Funkspruch des „Zeppelin“, in dem gebeten wurde, die Fliegergarnison Balence zwecks Notlandung mobil zu machen. Einige Zeit später erschien das Luftschiff über Balence, wurde jedoch bald durch den mit verdoppelter Kraft einsetzenden Wind abgetrieben. Die Gemeinden Chabreuil, Moleger und Sallion (40 Kilometer südwestlich von Balence) meldeten bald darauf das Erscheinen des Luftschiffes, der mit großen Schwierigkeiten gegen den Sturm anzukämpfen versuche und sich mehrmals heftig aufgebäumt habe. Das französische Luftfahrtministerium ließ sofort alle Maßnahmen treffen, um eine Landung des Luftschiffes zu ermöglichen. Den Flugplätzen von Bron und Orly wurde Weisung erteilt, alle verfügbaren Kräfte für eine etwaige Notlandung in Bereitschaft zu halten. Die am Freitagmorgen über die Rückfahrt des „Zeppelin“ einlaufenden Nachrichten ließen bereits erkennen, daß das Luftschiff in einem außerordentlich schweren Kampf mit dem Mistral lag. So wurde aus der in der Nähe von Rimes gelegenen Stadt Bellegarde gemeldet, daß der Lufttrieb

fast 20 Minuten unbeweglich in der Luft zu schweben schien und sich vergeblich gegen den mit 40 Kilometer dahindraufenden Sturm durchzusetzen versuche. Mittags gelang es dem Luftschiff dann zeitweise, seinen Weg langsam

fortzusetzen. Es wurde kurz nach 12 Uhr über der Stadt Montélimar gestoppt. Die Stundengeschwindigkeit schwankte zwischen 30 und 16 Kilometer.

SPD Lyon, 17. Mai, 7 Uhr abends.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wurde am Freitagnachmittag in der Gegend von Balence

Stundenlang vom Winde hin- und hergetrieben. Der Sturm wütete so stark, daß der Antrieb der noch intakt befindlichen 2 Motoren zu seiner Ueberwindung vollkommen ungenügend war und die Schiffsleitung die Maschinen abstellen ließ. Das Schiff bäumte und drehte sich. Nachmittags gegen 5 Uhr machte das Schiff in Portes les Calances den

zweiten vergeblichen Landungsversuch. „Graf Zeppelin“ wurde dann in östlicher Richtung nach den Alpen abgetrieben. Er konnte jedoch einige Zeit später die Herrschaft wieder über sich gewinnen und erschien nach ungefähr einer Stunde über Montélimar. In Montélimar wurde auf Anordnung der französischen Regierung die ganze Garnison mobilisiert. Sie erhielt Befehl, sich auf einem 3 Kilometer von der Stadt entfernt gelegenen Platz für den Fall einer Landung des Luftschiffes bereitzubehalten. Außerdem ordnete der Präseti von Calance die Unterbrechung sämtlicher Hochspannungsleitungen an.

Der Luftfahrtminister richtete an Dr. Eckener ein Radio-telegramm des Inhalts, daß die Militärflugplätze in St. Juan und Quiers zwischen Marseille und Toulons ebenfalls Befehl erhalten haben, sich dem Zeppelin für den Fall einer Landung zur Verfügung zu stellen. Die Garnison der beiden Städte wurde sofort mobilisiert.

### Ein technisches Rätsel

WZB Friedrichshafen, 18. Mai.

Die Kurzwellenbrüche gleichzeitig bei zwei Motoren des „Graf Zeppelin“ werden hier in Fachkreisen als technisches Rätsel bezeichnet. Es müssen vollkommen unbekannte Einwirkungen vorgelegen haben, denn weder von einer übermäßigen Beanspruchung auf der Fahrt, noch von einem Konstruktionsfehler könnte hier die Rede sein. Die Motoren hatten eine so strenge Prüfung hinter sich, wie es bei der Abnahme von Luftfahrzeugmotoren noch nie der Fall war. Es müssen bei den jetzt aufgetretenen Störungen Vorgänge mitgewirkt haben, die für den Fachmann vorläufig ganz unerklärlich sind.

### Neue Parolen-Offensive

#### Politisches Hochwasser bei der KPD

Die Zentralkommission der Kommunistischen Partei ist sich der Schuld an den Mai-Vorgängen vollkommen bewußt. Sie rechnete bestimmt mit dem Verbot der Kommunistischen Partei. In Hauptlager der Thälmannianer wurden bereits eifrig Jahrspläne und Luftfahrtsverbindungen studiert. Die presserechtliche Verantwortung für die rote Sturmflut war diktatorisch dem bisherigen Lokalredakteur der Roten Fahne, Fritz Köhler, übertragen worden, der - von der Mehrzahl der übrigen Kollegen in der Redaktion des KPD-Zentralorgans im Stich gelassen - den Uebertritt zur Sozialdemokratischen Partei bereits vollzogen hat. Angesichts der Furcht vor den kommenden Dingen wurde urplötzlich der Parteitag abgeblasen. Das politische Hochwasser hält noch immer an, und niemand vermag zu sagen, wann nun die große Kommunistenparade in Szene gehen wird.

Tendenziell haben die Regierungsstellen der Kommunistischen Partei nicht diesen Gefallen nicht getan. Die Kommunistische Partei ist nicht verboten worden, obwohl auf dem letzten Bezirksparteitag in Westfalen sowohl der Vertreter der Zentrale, Kemmle, noch mehr aber Herr Jacobs mit dem unmittelbaren Uebergang in eine Periode der Illegalität gerechnet hatten. Auch das ist nicht eben ein Beweis für die Unschuld der KPD. Der 1. Mai war vielmehr - ganz gleich, ob das Demonstrationsverbot aufgehoben worden wäre oder nicht - der Ausgangspunkt für eine neue Offensive, durch die der Beweis für das Vorhandensein der auf dem Weltkongress konstruierten „dritten Periode“ geliefert werden sollte. Neuerdings haben sachkundige Parolenkrieger festgestellt, daß wir erst in die erste Phase der „dritten Periode“ eingetreten sind. Und es scheint, daß die Vorgänge am 1. Mai ebenfalls nur die erste Phase der neuen von Heinz Neumann dirigierten Revolution repräsentieren. Die kommunistische Presse, in erster Linie auch die Sächsischen Arbeiter-Zeitung, streift von allerhand neuen Parolen. „Rotes Treffen in Berlin“, „Rotes Treffen in Leipzig“. Die Leipziger Aktion ist für den 20. Mai angesetzt, und das Sekretariat des Zentralkomitees hat offen und ehrlich dargelegt, welche Ziele auf den großspurig angekündigten „Roten Treffen“ im Reich verfolgt werden sollen. Es hat über die „Bedeutung und Lehren der Berliner Mai-Kämpfe“ zweieinhalb Spalten lang „Thesen für Agitatoren und Propagandisten“ herausgegeben, in denen gleichzeitig die neuen Parolen der kommunistischen Aktion entwickelt werden. Von besonderem Interesse sind einige Feststellungen über die Kämpfe vom 1. bis 3. Mai. So wird u. a. das folgende Bekenntnis niedergelegt:

„Die Massen schritten dabei (im Wedding und Neutölln) zu den bisher höchsten Kampfformen, zum Barrikadenbau, zum organisierten Selbstschutz gegen die Polizei, wobei sie spontan zu den Waffen griffen, die sie fanden.“

Wo sie „gefunden“ wurden, daß wird selbstverständlich nicht mitgeteilt. Alle aber sind sie merkwürdigerweise in zwei eng begrenzten Berliner Bezirken „gefunden“ worden, die systematisch als Ausgangspunkte einer groß angelegten, aber ins Wasser gefallenen Aktion gewählt worden waren.

Alle Voraussetzungen, die in den kommunistischen Anleitungen zum Straßenkampf gefordert werden, waren dort gegeben. Zunächst dichtgedrängt wohnende Massen des Proletariats. Die Kösliner Straße ist zum Straßentampfe wie geschaffen. Für den Bau von Barrikaden war in beiden Bezirken das erforderliche Material freimütig durch die Tiefbauverwaltung Berlins zur Verfügung gestellt. Sowohl in der Hermannstraße zu Neutölln, als auch in der Pantstraße im Wedding war das Pflaster Hunderte von Metern weit tief aufgerissen, so daß schon damit die Wahl der Kampfplätze entschieden war.

Es sei zugegeben, daß von der Polizei nicht allzuviel Massen gefunden wurden. Nach den Anweisungen zum Straßentampfe gilt es aus Leineswegs, Dukende von Polizisten über den Haufen zu schießen. Die Schüsse aus Fenstern und verglichen haben vielmehr nur den Zweck, die Polizisten aufzuspüren, ihre Nervosität bis zum Extrem zu steigern, damit dann jene Ausschreitungen zustande kommen, die kein ernsthaft denkender Mensch irgendwie zu beschönigen vermag.

Soweit war alles programmäßig vor sich gegangen. Nur verlagten die „revolutionären“ Unorganisierten, auf die man mit vollem Vertrauen gerechnet hatte. Sie bildeten die Kadern für die kommunistischen „Siege“ in den Betrieben. Aber der Plan der „revolutionären“ Unorganisierten verlagte bei dem Generalkrieg so katastrophal, daß nichts anderes übrig blieb, als schleunigst den Rückzug anzutreten. Und das Verlagen der Neumannschen Ludendorff-Strategie hat vernünftigerweise auch den Regierungsstellen die Augen geöffnet. Zum Erstausbruch der KPD-Hauptpläne wurde die Partei nicht verboten. Die Periode der Illegalität tritt daher vorläufig noch nicht ein.

Damit sei freilich nicht gesagt, daß die Lehren des 1. Mai die Kommunisten zur Vernunft zurückbringen würden. Im Gegenteil. In den Thesen für Agitatoren und Propagandisten werden die nächsten Aufgaben der kommunistischen Partei klipp und klar herausgestellt. Sie lauten nach den Veröffentlichungen der kommunistischen Presse wie folgt:

### Das preussische Konkordat

#### Die Verhandlungen gehen weiter

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Meldungen über den Abschluß des preussischen Konkordats geben Anlaß zu der Erklärung, daß alle Kombinationen über den formalen Abschluß oder Nichtabschluß verfehlt sind. Die Verhandlungen gehen weiter.

Den formalen Abschluß eines Konkordats zwischen dem Vatikan und Preußen haben wir niemals gemeldet. Richtig aber bleibt, daß die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Preußen von den maßgebenden Instanzen der preussischen Regierung als abgeschlossen betrachtet wurden und man im Begriff stand oder gar noch steht, die Präzision des Landtags über das Ergebnis dieser Verhandlungen zu unterrichten. In der Freitag-Sitzung des preussischen Kabinetts scheint nun der Kultusminister gegen einzelne Formulierungen des Vertragsentwurfs, urplötzlich neue Bedenken geltend gemacht zu haben, so daß sich eine nochmalige Rücksprache mit dem Nuntius Pacelli als notwendig erwiesen hat. Oder welche „Verhandlungen gehen weiter“?

Eine demokratische Korrespondenz meldet über den Inhalt des Konkordats-Entwurfs:

„Der Entwurf in seiner vorliegenden Form regelt u. a. die Frage der Bistümer und Erzbistümer. Die preussische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß neben Köln, Breslau und Baderborn Erzbistümer werden. Das bisherige Kollegialstift in Aachen wird in ein Bistum umgewandelt werden. Außerdem wird ein Bistum Berlin neu geschaffen werden. Die Neugründung eines Bistums Berlin ist von der Kurie mit dem Hinweis darauf, daß über 500 000 Katholiken in Berlin leben, gewünscht worden und die preussische Staatsregierung wird sich diesen Wünschen nicht verschließen können. Die Administratur Schneidemühl wird in eine Delegation umgewandelt. Die früher geäußerten Wünsche auf Schaffung von neuen Bistümern in Essen, Cammin (Pommern) und Altona sind fallengelassen worden. Der Entwurf enthält weiter Bestimmungen über die Wahl der Bischöfe und über die Zusammenlegung der Domkapitel. Außerdem ist in dem Entwurf die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der katholischen Kirche geregelt.“

### „Säuberung“ der Roten Armee

DE Moskau, 17. Mai.

Die beschlossene große „Säuberung“ der kommunistischen Partei und des Sowjetapparates wird auch auf die Rote Armee ausgedehnt. Das Armeedepot „Krasnaja Smesda“ veröffentlicht die Richtlinien. In erster Linie werden die kommunistischen Zellen des Exeres einer strengen Aufrechterhaltung unterworfen, um festzustellen, ob der echte kommunistische Geist „ohne Abirrungen“ in den Zellen herrscht. Sodann wird sich aber diese Revision auch auf das ganze Offizierskorps erstrecken und Offiziere, die durch irgendwelche Einflüsse der Partei „entfremdet“ sind, werden ausscheiden müssen. Hierbei hebt aber das Armeedepot mit besonderem Nachdruck hervor, daß die „Säuberung“ nicht in der Weise ausarten dürfte, daß aus kleinlicher persönlicher Rachsucht mit brauchbaren Offizieren „abgerechnet“ wird. Aus der alten Jarenarmee seien dem Sowjetheer wertvolle Kräfte zugeleitet worden und bei der Feststellung etwaiger kleinerer Verfehlungen müßten andererseits auch die Verdienste in die Waagschale geworfen werden, die sie sich beim Ausbruch der Roten Armee bzw. schon in den Bürgerkriegen erworben haben.

### Trotski und Stalin

IL London, 17. Mai.

Trotski stellt von seinem Konstantinopeler Hof aus die Gerüchte in Abrede, daß er an Stalin einen Antrag für die Rückkehr nach Rußland gerichtet habe. Trotski erklärt, daß er die Methoden Stalins nach wie vor ablehne und fortsetzen werde, sie zu bekämpfen.

### Ausweisung aus Berlin

SPD Der Polizeipräsident von Berlin hat gegen den Berliner Korrespondenten der Wpslauer „Pravda“ einen Ausweisungsbefehl erwirkt. Der Korrespondent hat während der Mai-unruhen die verlogenen Berichte nach Moskau telegraphiert und die Polizei in der gemeinsten Weise beschimpft.

Der Korrespondent hat gegen die Ausweisung bei dem preussischen Minister des Innern Beschwerde eingelegt. Die endgültige Entscheidung darüber steht noch aus.